

An die  
Mitglieder  
der  
SPD-Landtagsfraktion

**JOHANNE MODDER**

Vorsitzende

Abgeordnete im Wahlkreis Leer / Borkum

**Landtagsbüro**

ANSCHRIFT Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4035

FAX 0511/3030-4811

E-MAIL [johanne.modder@Lt.niedersachsen.de](mailto:johanne.modder@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)

10. Dezember 2013

### **Plenarbrief 04/2013**

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Das Ergebnis, ein möglicher Koalitionsvertrag, muss sich an seinen Inhalten messen lassen. Unser Ziel ist, gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen (oder zumindest den Weg einzuschlagen) und Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land zu erreichen.“ – so meine Formulierung im zurückliegenden Plenarbrief. Der Koalitionsvertrag liegt nunmehr seit eineinhalb Wochen vor. Es haben mehrere Regionalkonferenzen stattgefunden, viele Untergliederungen unserer Partei – von Ortsvereinen bis zu Unterbezirken bzw. Kreisverbänden – haben Veranstaltungen und Versammlungen ausgerichtet. Derzeit lässt sich ohne Weiteres sagen, dass bereits jetzt unsere Partei durch den Schritt des Mitgliedervotum und die intensive Beteiligung gewonnen hat. Es wurde schon lange nicht mehr so intensiv, engagiert und an Sachfragen orientiert debattiert und gearbeitet.

Nun gilt es, das Mitgliedervotum zum Erfolg zu bringen. Wenn Ihr diesen Plenarbrief lest, müssten Eure Briefe – und die unserer Mitglieder - an den Parteivorstand bereits unterwegs sein. Und ich bin zuversichtlich, dass eine deutliche Mehrheit dem Koalitionsvertrag zustimmt. SPD, CDU und CSU ist ein Kompromiss gelungen. Wir konnten wichtige Punkte im Vertrag verankern. Einige Beispiele möchte ich erneut nennen: Mindestlohn in Höhe von 8,50 € ab 2015, Eindämmung von Leih- und Zeitarbeit, Eingrenzung von Werksverträgen – eine Debatte, die wir auch in Niedersachsen im Sommer engagiert geführt haben -, mehr Gleichberechtigung von Frauen durch ein Entgeltgleichheitsgesetz und eine gesetzliche Quote in Aufsichtsräten, die abschlagfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren (mit Zeiten der Arbeitslosigkeit), die Verbesserung der Renten für Erwerbsgeminderte und eine Mindestrente von rund 850 Euro für langjährig Versicherte mit niedrigem Einkommen! Zu den Erfolgen gehören auch die finanziellen Mittel für die dringend benötigten Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Ein weiterer Erfolg ist sicherlich die Entlastung der Bundesländer in Höhe von 6 Milliarden Euro, um den großen Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen zu begegnen – auch wenn ich mir aus landespolitischer Perspektive die gänzliche Abschaffung des Kooperationsverbotes gewünscht hätte. Der Koalitionsvertrag ist ein Kompromiss, aber er ist auch eine Grundlage, um tatsächlich Verbesserungen in der Lebensqualität der Menschen in unserem Land zu erreichen. Diese Verbesserungen zu erreichen, war immer Ziel der Sozialdemokratie.

### **Zur Diskussion um Hinrich-Wilhelm Kopf**

Im August hatten wir Dr. Teresa Nentwig zu Gast, deren Dissertation zum Leben und Handeln des ersten Niedersächsischen Ministerpräsidenten und Sozialdemokraten Hinrich-Wilhelm Kopf vorgestellt wurde. Mein Fazit damals: „Es war wichtig, sie in die Fraktion einzuladen und – nach der Buchvorstellung durch Stephan Weil – einen weiteren Schritt in der Aufarbeitung dieses Kapitels unserer Landesgeschichte in Niedersachsen zu machen. Weitere werden folgen.“ Ich hatte bereits damals angekündigt, dass es seitens unserer Fraktion eine Veranstaltung geben soll, wo weitere Fragen im Zusammenhang mit der Person Hinrich-Wilhelm Kopf zu diskutieren sein werden.

Mittlerweile hat die Historische Kommission ihre Empfehlungen vorgelegt. Wir haben in unserer Sitzung am 3. Dezember hierzu beraten. Unser Stimmungsbild war dabei klar. Wir tun uns schwer damit, wenn der Platz vor dem Landtag den Namen des ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf beibehält. Es ist allerdings die Aufgabe des Bezirksrats Mitte der Stadt Hannover, über eine Umbenennung zu entscheiden.

Gleichzeitig betrifft diese Diskussion nicht nur die Landeshauptstadt Hannover – auch wenn sich die Debatte aufgrund der Lage und Adresse des Niedersächsischen Landtages oftmals hierauf fokussiert. Landauf und landab wird gerade darüber beraten, ob Schulen, Straßen und Plätze umbenannt werden. Eine Diskussion, die sich nur auf den Platz vor dem Landtag konzentriert, greift daher zu kurz. Deshalb laden wir zu Beginn des Jahres 2014 unter der Federführung unserer Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta zu einer öffentlichen Veranstaltung ein, die den Umgang mit dem Erbe Hinrich Wilhelm Kopfs und dessen Folgen zum Thema hat. Als Gäste der Podiumsdiskussion der Veranstaltung am 14. Januar 2014 haben zugesagt:

- Stefan Schostok, Oberbürgermeister der Stadt Hannover, da die Namensgebung von öffentlichen Plätzen, Straßen und Schulen in Verantwortung der Kommunen erfolgt.
- Prof. Dr. Joachim Perels, der sich als Jurist und Politikwissenschaftler den Ruf eines renommierten Faschismusexperten erarbeitet hat und Sohn eines Widerstandskämpfers ist.
- Dr. Theresa Nentwig, die eine vielbeachtete Dissertation über Hinrich Wilhelm Kopf verfasste.
- Michael Fürst, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Niedersachsen.
- Dr. Gabriele Andretta, Sozialwissenschaftlerin und Vizepräsidentin des Landtages.
- Dr. Klaus Wallbaum, Politologe und Journalist, der die Podiumsdiskussion moderieren wird.

### **Zur zukünftigen Landes- und Regionalentwicklung**

Zum 1. Januar 2014 nehmen die Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung ihre Tätigkeit auf. Es ist ein wichtiger Schritt, um die regionale Landesentwicklung, wie wir sie immer eingefordert und zugesagt haben, zum Erfolg zu führen.

Die Landesregierung hat u. a. hierfür heute die entsprechenden Entscheidungen getroffen und die vier Landesbeauftragten benannt. Es handelt sich um Jutta Schiecke (Amt für regionale Landesentwicklung/ArL Lüneburg), Karin Beckmann (ArL Leine-Weser), Matthias Wunderling-Weilbier (ArL Braunschweig) und Franz-Josef Sickelmann (ArL Weser-Ems). Ergänzende Informationen habt Ihr heute am Rande der Fraktionssitzung erhalten.

### **Unsere Agenda fürs Plenum**

Im Mittelpunkt des Plenarabschnitts steht die abschließende Beratung des Haushalts. „Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen“ – das ist der Titel des Koalitions-

vertrages von Bündnis 90/Die Grünen und unserer Partei, das ist die Leitlinie unseres politischen Handelns und dieser Gedanke ist Grundlage des Haushaltes. Schwerpunkte des Haushaltes sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, in Infrastruktur, Bildung und Soziales. Dieser Haushalt dokumentiert den Politik- und Paradigmenwechsel im Parlament und der Rot-Grünen Landesregierung. Folgende politische Schwerpunkte und Änderungsvorschläge, die wir zusammen mit unserem Koalitionspartner erarbeitet und eingebracht haben, will ich noch einmal hervorheben:

<b>Vorhaben</b>	<b>Summe</b>	<b>Ziel</b>
Investitionen in Krankenhäuser	4.000.000 €	Strukturverbesserungen der Krankenhäuser insbesondere im ländlichen Raum.
Mehrinvestitionen für Schienenverkehr	1.000.000 €	Zuschüsse Eisenbahnunternehmen des priv. Rechts.
Neubaumaßnahmen u. a. für Radwege	4.000.000 €	Erhöhter Mitteleinsatz für den Neubau von Radwegen sowie für den Um- und Ausbau der Landesstraßen.
Dorferneuerung	2.000.000 €	Die Förderung der Dorferneuerung aus Landesmitteln zur Förderung privater Vorhaben ist zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raumes.
Schaffung von Wohnheimplätzen	1.500.000 €	Investitionen im Wohnungsbau für die Schaffung von Wohnheimplätzen für Studierende an Hochschulstandorten in Niedersachsen.
Inklusive Krippen	1.500.000 €	Qualitätsoffensive inklusive Krippen (Weiter & Fortbildung) .
Unterstützung der Inklusion an den Schulen	800.000 €	Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Grundschulen zur Unterstützung von Schülerinnen und Schüler mit Defiziten bei der emotionalen und sozialen Entwicklung (ES) im Rahmen der Inklusion.
Blindengeld	1.900.000 €	Das Landesblindengeld für Personen nach Vollendung des 25. Lebensjahres wird zum 01.04.2014 von 265 auf 300 Euro erhöht.
Wohnen und Pflege im Alter	1.000.000 €	Förderung von Handlungsstrategien, Investitionen und Herstellung von Wahlfreiheit beim Wohnen und der Pflege im Alter.
Förderung der unabhängigen Erwerbsloseninitiativen	600.000 €	Förderung der ca. 30 bestehenden, unabhängigen Erwerbsloseninitiativen.
Maßnahmen zur Suchtkämpfung	500.000 €	Weiterentwicklung der Suchtprävention mit dem neuen Schwerpunkt stoffungebundene Suchtformen (Fachstelle Mediensucht "return", Alkoholsucht), Aufklärungsarbeit zu den Gesundheitsgefahren psychotroper Substanzen, Ausweitung der psychosozialen Begleitung von Substituierten.
Projekte zur Prävention im Bereich Pädophilie	110.000 €	Weiterförderung des Pädophilie-Hellfeldprojektes an der UMG und des Dunkelfeldprojekts an der MHH.
Mädchenhäuser	45.000 €	Die Landesmittel für die drei Mädchenhäuser in Hannover, Osnabrück und Oldenburg werden erhöht.

Anti-Aggressionstraining	100.000 €	Maßnahmen im Zuge der Jugendgerichtshilfe.
Projektförderung freie Theater	200.000 €	Projektförderung freie Theater, insbesondere im ländlichen Raum.
Beschwerdestelle Polizei	200.000 €	Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für alle Bürgerinnen und Bürger.
Präventionsmaßnahmen gegen Rechts, Teil 1	300.000 €	Fortsetzung des Projektes Löschangriff gegen Rechts sowie die Entwicklung eines eigenständigen Landesprogrammes gegen Rechts.
Präventionsmaßnahmen gegen Rechts, Teil 2	114.000 €	Fortsetzung des Projektes "Prävention durch Aufklärung gegen Rechtsextremismus und für Courage (PARC)"
Willkommenskultur in Erstaufnahmeeinrichtungen	313.000 €	Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Einrichtungen der Landesaufnahmebehörde.
Selbstorganisation von Migranten	200.000 €	Die landesweit tätigen Migrantenselbstorganisationen erhalten eine Förderung vom Land.
Kriseninterventionszentrum für Flüchtlinge	100.000 €	Neben der Einrichtung eines Netzwerks für traumatisierte Flüchtlinge wird der Aufbau eines Trauma- und Kriseninterventionszentrums für Flüchtlinge angegangen.
Umsetzung Tierschutzplan	500.000 €	Mittel zur Deckung des Forschungsbedarfs zur Umsetzung Tierschutzplan.
Endlagerkommission	300.000 €	Fachliche Zuarbeit und Gutachten für Niedersachsen.
Moorschutz	400.000 €	Verstärkung der Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in landeseigenen Mooren.

Zu den Haushaltsberatungen gehört - auch wenn es sich um einen eigenständigen Tagesordnungspunkt handelt - der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines „Sondervermögens zum Abbau des Investitionsstaus durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen“. Auf unsere Initiative investiert das Land Niedersachsen von 2014 an bis zum Ende der Wahlperiode insgesamt 120 Millionen Euro zusätzlich für Infrastruktur wie Landesstraßen und energetische Sanierung von Landes-Liegenschaften. Wir haben zu Zeiten der abgewählten CDU/FDP-Regierung den Zustand unserer Landesstraßen und der Landesliegenschaften zu Recht kritisiert. Der Rechnungshof hat der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung jahrelang vorgeworfen, sie lasse Landesvermögen verrotten. Wir arbeiten jetzt den Investitionsstau ab!

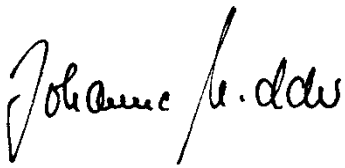
Selbstverständlich werden neben den Haushaltsberatungen und der Verabschiedung des Haushaltes noch weitere abschließende Beratungen von Entschließungsanträgen und Gesetzentwürfen, die von uns bzw. unserer Landesregierung eingebracht wurden, auf der Tagesordnung stehen. Hierzu gehören unter anderem:

- Entschließungsantrag „Weiterentwicklung der Gesundheitsregionen für eine wohnortnahe, leistungsfähige und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung in Niedersachsen“
- Entschließungsantrag „Damit Niedersachsen am Zug bleibt - Zukunft der Regionalisierungsmittel sichern“
- Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Chancengleichheit durch Abschaffung und Kompensation der Studienbeiträge

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Landesblindengeld für Zivilblinde
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Änderung von Zuständigkeitsverordnungen
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Anstalt Niedersächsische Landesforsten
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungs-, kommunalwahl- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften

Ich wünsche Euch und uns eine erfolgreiche Woche! Gleichzeitig wünsche ich Euch schon jetzt eine anschließende schöne und ruhige Weihnachtszeit!

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Johannes J. d. d. d." with a stylized flourish at the end.